

Gene R. Sensenig
WO WARST DU BRUDER?
Gewerkschaften zwischen Imperialismus und Solidarität

I. Einleitung

Das Spannungsverhältnis der Arbeiterbewegung zwischen Imperialismus und Solidarität, d.h. der gewerkschaftliche *Nord-Süd-Konflikt*, ist zugleich der Konflikt zwischen Internationalismus und nationalistischer Klassenzusammenarbeit, sprich "Sozialpartnerschaft". Hierzu ein Beispiel aus den Vereinigten Staaten:

Als 1898/99 die USA Krieg gegen Spanien führte, um die spanischen Kolonien - Kuba, Puerto Rico, und die Philippinen - an sich zu reißen, mußten sie mit dem Widerstand der US-Gewerkschaften rechnen. Der 12 Jahre alte amerikanische Gewerkschaftsbund - AFL - protestierte energisch gegen die ersten kolonialen Schritte seiner Regierung. Der AFL unterstützte auch die Gewerkschaftskollegen in Kuba und Puerto Rico in ihrem Kampf um Organisationsfreiheit - einen Kampf, den sie gegen die US-Militärgouverneure beider Länder führen mußten (Foner 1955).

Fast 100 Jahre später, nämlich im Jahre 1985, überfielen US-Truppen die Karibik-Insel Granada. Alle demokratischen Organisationen, Parteien wie Gewerkschaften, wurden vorübergehend unterdrückt bzw. z.T. sogar verboten. Statt aber gegen dieses neuerliche Beispiel des US-Imperialismus zu protestieren, begrüßte der amerikanische AFL-CIO diese Invasion als Befreiungsakt. Der US-Gewerkschaftsbund ging so weit, das US-Militär in seiner Besatzungspolitik zu unterstützen. Zur Zeit werden in Granada sog. "freie" Gewerkschaften als Ebenbild der AFL-CIO vom US-Arbeitnehmerbund finanziert: Als Konkurrenz zu den angeblichen nicht freien Gewerkschaften der "New Jewel" Bewegung (Marshall 1986; Meyers 1986).

Die Frage drängt sich also auf: Wie ist dieser Umschwung zu erklären? Welche Veränderungen in den 100 Jahren zwischen der Gründung des AFL 1886 und dem Überfall auf Granada 1985 haben dazu geführt, daß eine Gewerkschaft sich offen imperialistisch verhalten kann. Noch dazu ein Gewerkschaftsbund, wie jener der USA, mit einer langen anti-kolonialistischen und anti-imperialistischen Tradition.

II. Heute und damals

Ich möchte versuchen, diese Wandlung in der Einstellung der Arbeiterbewegung des Nordens zu erklären, eine Wandlung weg von der internationalen Solidarität mit den ArbeiterInnen des Südens, hin zu einer Solidarität mit den Unternehmern des eigenen Landes. Wie ist es dazu gekommen, daß die einst so revolutionäre Arbeiterbewegung Nordamerikas und Europas sich bis in die 60er Jahre voll an den außenpolitischen Interessen ihres jeweiligen "nationalen" Unternehmertums orientierte und nicht an den Interessen der Arbeiterschaft der Dritten Welt?

Die Antwort hierzu heißt Sozialpartnerschaft, d.h. die Orientierung der Arbeitnehmer zu allererst, wenn nicht unbedingt ausschließlich, auf das Wohlergehen der einheimischen Wirtschaft, in einer Zeit in der die nationalstaatlichen Grenzen in wirtschaftlicher Hinsicht immer mehr verwischt werden.

Da die Gleichstellung des nationalen Interesses mit dem des Unternehmertums zuerst in den USA auftritt, nämlich um die Jahrhundertwende, möchte ich mich zu Beginn auch mit der US-Gewerkschaftsbewegung auseinandersetzen. Anschließend werde ich auf die Entwicklung in Europa und dann knapp auf die Außenpolitik der westlichen Links-Gewerkschaften wie auch die der Sowjetunion in der Vergangenheit eingehen. Dann will ich auf die aktuelle Lage in den 80er und 90er Jahren, und zwar mit Schwerpunkt Japan und Europa, eingehen.

Um etwaige Mißverständnisse aus dem Weg zu räumen, möchte ich betonen, daß unter Sozialpartnerschaft nicht nur die institutionalisierten Formen der nationalen Klassenzusammenarbeit wie in der BRD, Holland oder Österreich zu verstehen sind, sondern genauso die weniger strukturierten Formen des Phänomens, wie beispielsweise in den USA.

III. Kolonialismus

Die sozio-ökonomische Grundlage der gewerkschaftlichen Unterstützung des Imperialismus ist, wie erwähnt, in der Entstehung der Sozialpartnerschaft zu suchen. Sobald die Arbeiterbewegung die gesellschaftliche Dichotomie zwischen der besitzenden und produzierenden Klasse in ihrem eigenen Land aus den Augen verlor, war es nur natürlich, daß sie dies auch für die Dritte Welt nachvollzog.

Neben den ökonomischen Ursachen des Untergangs der Internationalen Solidarität spielen aber auch kulturelle Faktoren eine sehr wichtige Rolle. Die kulturellen Wurzeln der Abkehr der Arbeiterbewegung von Solidarität hin zum Nationalismus liegen im Paternalismus der Sozialdemokraten gegenüber den kolonialiserten Völkern Afrikas und Asiens und zwar schon im vergangenen Jahrhundert. Im besten Fall sahen die sozialdemokratischen Linken den Kolonialismus als Schule der Revolution und sich selber als Schulmeister - so Rosa Luxemburg. Luxemburg sah die eingeborene Bevölkerung der Kolonien nicht als aktives, selbsttätiges Subjekt, sondern allenfalls als zukünftige Kampfgenossen, die über die Befreiung des Proletariats in den Industriezentren auf eine höhere Kulturstufe gelangen konnten (Mitschein 81, 30). Im schlimmsten Fall begrüßten die rechten Sozialdemokraten den Imperialismus als notwendige Phase des Kapitalismus und lehnten die Unabhängigkeitsbestrebungen der "Dritte Welt"-Völker streng ab, sozusagen als Maschinenstürmerlei - so Eduard Bernstein. Lenin entwickelte etwas später die Theorie der drei führenden Kräfte des internationalen Fortschritts, und zwar: die Sowjetunion, die Arbeiterklassen in Westeuropa und Nordamerika sowie die nationalen Befreiungsbewegungen, wobei er doch eine besondere Rolle für die zwei Kräfte des Nordens in der Praxis reservierte.

Beispiele

Wie setzten die Gewerkschaften und Sozialdemokraten ihre internationale Solidarität gegenüber den kolonialen Völkern in die Tat um? Zwei besonders gravierende Beispiele für das Versagen dieser Politik dürften genügen.

1. Die deutschen sozialdemokratischen Parlamentsabgeordneten enthielten sich 1904 der Stimme bei der Abstimmung über die Unterstützung der kaiserlichen Ausrottungspolitik in Namibia. Es handelte sich hier um die Kriegsfinanzierung gegen die Völker der Bondelzwarts und Hereros. So verstieß die deutsche Sozialde-

mokratie lang vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges gegen den internationalistischen Grundsatz: "Diesem System keinen Mann und keinen Groschen" (Mitschein 1981, 30).

2. Die US-Gewerkschaften vereitelten die Organisation der philippinischen Zigarrenarbeiter im gleichen Jahr - 1904 - weil sie befürchteten, daß die neuen Gewerkschaften die philippinische Befreiungsbewegung unterstützen würden. Der Leiter der AFL, Samuel Gompers, war ursprünglich Leiter der Tabakarbeitergewerkschaft Nordamerikas und glühender Anti-Imperialist (Foner 1955, 437).

Die Entscheidung der meisten sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften, nichts Ernsthaftes gegen den Kolonialismus zu unternehmen, machte bald Schule. Einmal bereit die ArbeiterInnen des Auslands - im ersten Fall die der Dritten Welt - im Stich zu lassen, war es nicht mehr weit bis zur Entscheidung, mit dem heimischen Bürgertum und der jeweiligen Nationalregierung, einen Burgfrieden zu schließen, um gegen den vermeintlichen ausländischen Erbeind ins Feld zu ziehen. 1914 stimmten die meisten sozialistischen Parteien und Gewerkschaften dem Eintritt ihrer Regierungen in den Ersten Weltkrieg zu. Die Italiener und eine Minderheit in Großbritannien und den USA waren wichtige Ausnahmen (Kircheisen 1978; Radosh 1969).

Die eigentliche Ursache des Ersten Weltkrieges macht deutlich, wie dieser Krieg schon sehr viel mit dem Nord-Süd Konflikt zu tun hatte. Der Erste Weltkrieg wurde bekanntlich um die Neuaufteilung der Kolonien der jeweiligen Kriegsgegner, v.a. in Afrika, im Nahen Osten und auf dem Balkan geführt. Während US-Präsident Woodrow Wilson als Wortführer der siegreichen Entente 1918 dafür sorgte, daß die österreichisch-ungarischen Kolonien auf dem Balkan, also in Europa, in die Unabhängigkeit entlassen wurden, wurden die türkischen und deutschen Kolonien in Afrika, Asien und im Nahen Osten von den Entente-Mächten neu aufgeteilt, und das mit der Zustimmung der Gewerkschaften und Sozialdemokratie.

IV. Ost-West-Konflikt Phase eins

Die linken Kriegsgegner innerhalb der Arbeiterbewegung trennten sich am Ende des Ersten Weltkrieges von ihren jeweiligen Parteien, um kommunistische Parteien zu gründen. Diese Spaltung der sozialdemokratischen Parteien setzte sich in den Reihen der Gewerkschaften fort. So gab es bald zwei internationale Gewerkschaftsdachorganisationen, den Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) und die Rote Gewerkschaftsinternationale (RGI). In dem Konkurrenzkampf zwischen diesen zwei Organisationen spielte die Frage des Anti-Imperialismus eine wichtige Rolle (Adibekow 1973).

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen entwickelten sich drei Ansätze zur Frage, wie die Gewerkschaften des Nordens mit denen des Südens umgehen sollten: 1. Die Weiterführung der paternalistisch-reformistischen Politik der Sozialdemokraten durch den IGB, den britischen TUC und der französischen CGT; 2. Die revolutionäre, wenn auch paternalistische Politik des RGI, der TUC-Minderheit und der französischen CGTU; 3. Die pro-imperialistische, offen anti-kommunistische Tätigkeit des AFL, der dem IGB fern blieb (Sensenig 1987).

Zur Politik des IGB und seiner Mitgliederorganisationen

Ziel der Kolonialgewerkschaften Frankreichs, Großbritanniens und Hollands war: 1. die Organisation der Arbeiter in den Kolonien, die europäische Kolonialbevölkerung ebenso wie die bestausgebildeten Dritte-Welt-Arbeiter in den vom Mutterland abhängigen Gewerkschaften. 2. Mit allen erforderlichen Mitteln die logische gedankliche Verbindung zwischen Gewerkschaftskampf und nationalem Befreiungskampf zu unterbinden.

So unternahmen die Vertreter dieser gemäßigten Gewerkschaftsbünde zahlreiche Reisen in den Kolonien, um in den Reihen ihrer eigenen Organisationen vor Ort revolutionäre, aber genauso auch rassistische Strömungen zu bekämpfen. Ab den frühen 40er Jahren wurden Gewerkschaftsfunktionäre sogar in den Dienst der Kolonialbehörden aufgenommen. Die Kolonialmächte nahmen mit Recht an, daß sozialpartnerschaftliche Arbeiterfunktionäre ihre Arbeiterpolitik in den Kolonien effektivieren könnten. Diese Politik der Aufnahme von Gewerkschaftsfunktionären in den Außendienst wurde nach dem Zweiten Weltkrieg perfektioniert (Colonial 1943/1951; Plum 1962)

Zur Politik der RGI und seiner Mitgliederorganisationen

Die Ziele des RGI und IGB waren völlig gegensätzlich. Die Rote Gewerkschaftsinternationale wie auch der sowjetische Gewerkschaftsbund, die französische CGTU und die britische TUC-Minderheit versuchten Lenins "Drei revolutionäre Kräfte"-Theorie in die Tat umzusetzen. Nach dieser Theorie war eine Einheit zwischen der SU, den revolutionären Gewerkschaften des Westens und den kolonialen Befreiungsbewegungen anzustreben: Ein revolutionäres Nord-Süd-Bündnis also.

Dem RGI gelang es an den wenigen anti-kolonialen Vorbildern der Vorkriegszeit anzuknüpfen und große Hilfeleistungen für die anti-kolonialen Gewerkschaften im Maghreb, Indien, China und im Nahen Osten zu erbringen. Die Tradition der anti-imperialistischen Gewerkschaftsbewegung, vor und nach dem Ersten Weltkrieg kann an zwei Beispielen verdeutlicht werden: 1. Der Generalstreik der italienischen Gewerkschaften im September 1911, um den Transport von Truppen und Munition nach Tripolitanien (Libyen) zu verhindern (Kirchsen 1978, 25); 2. Der Generalstreik der französischen CGTU im Oktober 1925 um den französischen Krieg in Marokko und Syrien zu sabotieren (Adilbekow 1973, 100). Trotz dieser vorbildlichen Haltung des RGI muß betont werden, daß die von der TUC-Minderheit und CGTU organisierten Dritte Welt Gewerkschaften oft von Europäern dominiert wurden (Adilbekow 1973).

Zur Pro-Imperialistischen Politik des AFL

Im Gegensatz zu den französischen und britischen Gewerkschaftsbünden konnte der rechtsgerichtete AFL nicht mit der direkten Unterstützung der jeweiligen Kolonialbehörde dort rechnen, wo er hauptsächlich tätig war, nämlich in Lateinamerika, da diese Länder bereits unabhängig waren. So entwickelte der US-Gewerkschaftsbund eigenständige außenpolitische Strukturen in Lateinamerika. Diese Politik war aber mit weniger Erfolg gekrönt als in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg (vgl. Radosh 1969).

V. Antifaschistische Einheit

In der Zeit zwischen 1945 und 1949 profitierte die Arbeitersolidarität zunächst vom antifaschistischen Geist des Zweiten Weltkrieges. Die Koalition der Weltarbeiterschaft kulminierte in der Gründung des Weltgewerkschaftsbundes (WGB), der von den Gewerkschaften aus den USA, SU, GB, Latein Amerika, Frankreich, Skandinavien, Italien, Holland, usw. getragen war.

VI. Ost-West-Konflikt Phase zwei

Bereits 1949 ging die Arbeitereinheit zu Bruch. Viele Historiker führen die Spaltung des WGB auf den Ost-West Konflikt zurück, d.h. in unserem Fall: Für oder wider dem Marshall-Plan bzw. für die USA oder die SU. Übersehen wird, daß bei der Spaltung des Weltgewerkschaftsbundes der Nord-Süd Konflikt eine vielleicht sogar größere Rolle spielte.

Wie zuvor beim RGI strebten die Linkskräfte im WGB (bestehend aus den Gewerkschaften der Sowjetunion, Frankreichs, Italiens, und Lateinamerikas) in dem neuen Einheitsbund eine anti-kolonialistische Politik an. Allerdings zur großen Unzufriedenheit der gemäßigten ehemaligen Mitglieder des IGB (v.a. Großbritannien und die Niederlande). Die Linksstrategie des WGB, v.a. in Asien, war für die pro-kolonialistischen, sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften Hollands und Großbritanniens besonders fatal. Die Lage in den Kolonien hat sich nämlich seit den Jahren vor dem Krieg um 180 Grad gewendet.

Die Kolonialregierungen der Alliierten mußten sich während des Krieges gegen die Achsenmächte auf die Dritte Welt-Völker verlassen können, wollten sie die Japaner, Deutschen und Italiener aus ihren Besitztümern im Ausland vertreiben. Kampferfahren und selbstbewußt waren die Völker der Dritten Welt nach dem Krieg aber nicht mehr bereit, sich ihren ehemaligen europäischen Herren zu unterwerfen. Die Linkskräfte im WGB stellten sich Ende der 40er Jahre, auf die Seite der Befreiungsbewegungen, der gemäßigte Flügel im WGB hingegen auf die ihrer Sozialpartner, der französischen, britischen und holländischen Besatzungsregierungen. Es ist also nicht verwunderlich, daß sich das Kräftegleichgewicht innerhalb des WGB schnell zu Ungunsten des gemäßigten Flügels auswirkte. Um die vorhersehbare Katastrophe zu vermeiden, verließen der britische TUC, der holländische NVV und der amerikanische CIO 1949 den Weltgewerkschaftsbund. Erst einige Monate später folgten die nicht kolonialen Gewerkschaften Skandinaviens, Österreichs usw. Im gleichen Jahr wurde der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) gegründet (Goulden 1972; Thomson 1978).

Gespaltene Dritte Welt

Mit der Spaltung des Weltgewerkschaftsbundes und der Gründung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften Ende der 40er Jahre hatten die Kolonialgewerkschaften ein Mittel in der Hand, um die Unabhängigkeitsbewegungen und Linksgewerkschaften der Dritten Welt zu bekämpfen. Gleichzeitig bemühten sie sich, pro-kapitalistische, gemäßigte Gewerkschaften zu unterstützen bzw. heranzuziehen. Mit großem Erfolg, v.a. in den 50er Jahren. Allerdings war die Unabhängigkeitswelle trotzdem bald nicht mehr aufzuhalten, der IBFG wurde teilweise davon überrollt (Albrieth 1980; Giess 1965; Lodge 1962).

Hier zeichnet sich auch ein interessanter Widerspruch zwischen Großbritannien, Frankreich und Holland einerseits, und den USA andererseits ab. In vielen Fällen nutzte die US-Regierung ihre Gewerkschaftskontakte aus, um politisch gemäßigte, jedoch radikal anti-kolonialistische Arbeiterorganisationen zu unterstützen. Dadurch wollten sie die Vormachtstellung der Europäer in vielen Regionen Asiens und Afrikas endgültig brechen (Lynd 1968; Sensenig 1987).

In Lateinamerika war die Lage völlig anders. Die relative Isolation Südamerikas während des Zweiten Weltkrieges führte zu einer Erstarkung der Selbstständigkeit in dieser Region. Auch die linken Gewerkschaften konnten sich festigen. Sie galten als die wichtigsten Verbündeten der Linkskräfte in Europa unmittelbar nach dem Krieg. Aus diesem Grund setzte der AFL und IBFG alles daran, diese Gewerkschaften durch Spaltung zu schwächen (Klein 1983; Radosh 1969). Diese Spaltungspolitik folgte und folgt einem altbekannten Muster.

Erstens, mit Mittel des AFL und IBFG wird eine "freie" Konkurrenzgewerkschaft gegründet;

zweitens, Konzerne, die von den USA dominiert werden, provozieren Arbeitskämpfe;

drittens, wichtige linke Funktionäre werden durch den Einsatz von Streikbrechern in gewalttätige Auseinandersetzungen verwickelt, dann verhaftet und sogar ermordet;

viertens, gemäßigte bzw. staatlich kontrollierte Gewerkschaften füllen das Vakuum;

fünftens, das Vermögen der linken Gewerkschaften wird beschlagnahmt und die Kontakte mit linken Gewerkschaftsvertretern des Nordens erschwert oder verboten, und

sechstens, regimetreue "demokratische" und "freie" Gewerkschaften werden vom AFL und IBFG anerkannt und finanziell unterstützt (Agee 1975; Spooner 1989; Thomson 1978).

Zum Beispiel Kuba

Am Beispiel Kubas, und hier der wichtigsten Industriegewerkschaft des Landes, der Zuckerarbeitergewerkschaft FNTA wird der Zusammenhang zwischen dem Nord-Süd und Ost-West Konflikt besonders deutlich. An Hand der oben geschilderten sechs Punkte werde ich die Geschehnisse in der kubanischen Zuckerindustrie Ende der 40er Jahr kurz darstellen:

Erstens, die Gründung der International Sugar Workers Conference findet 1947 in Havanna statt, und zwar durch Vertreter aus Mexiko, den USA, Puerto Rico und Kuba. Als Ziele gelten: 1. Alle ZuckerarbeiterInnen, die für US-Multis arbeiten, sollen in einer Gewerkschaft organisiert sein, noch zu organisieren bleiben die ArbeiterInnen Hawaiis und der Philippinen. 2. Mindestlöhne für alle ZuckerarbeiterInnen werden angestrebt. Schon bei der Folgekonferenz in San Francisco, wo Hawaii und die Philippinen neuerdings vertreten sind, fehlte die Gastgeberin der Gründungskonferenz, nämlich die kubanische FNTA, da diese Einheitsgewerkschaft durch den Einfluß der kubanischen Regierung mit Unterstützung der USA gespalten worden war. Diese Spaltung wurde von dem AFL dirigiert, eine staatliche Gewerkschaft wird als Ersatz gegründet;

zweitens, die Einmischung der kubanischen Regierung unter Führung der USA in der Gewerkschaftsbewegung löst einen Generalstreik aus;

drittens, 150 Gewerkschaftsfunktionäre der FNTA werden verhaftet. Kurz darauf, im Jahre 1948 wird der Präsident der FNTA, Jesus Menendez, von der kubanischen Gendarmerie ermordet;

viertens, die gemäßigte Spaltergewerkschaft wird von dem kubanischen Arbeitsministerium anerkannt. Die geschwächte FNTA wird zwar von der linksgerichteten US-Hafenarbeitergewerkschaft auch finanziell unterstützt, aber die AFL und CIO bekämpfen die FNTA als Agent der Sowjetunion und unterstützen die Staatsgewerkschaft;

fünftens, der kriminalisierten FNTA gelingt es zwar in einigen Zuckerplantagen Kollektivverträge zu erkämpfen, gibt jedoch 1951 den Kampf in der Halblegalität auf und unterwandert die staatliche Zuckerarbeitergewerkschaft, und

sechstens, nach dem Verbot der KP Kubas 1952 durch Batista wird die von der AFL und CIO finanzierte, jedoch von der FNTA unterwanderte "freie" staatliche Zuckerarbeitergewerkschaft Kubas zur einzigen legalen Vertreterin der Arbeiterbewegung in Kuba (Morgan 1988).

VII. Späte Rache

Diese Politik der Spaltung linker Gewerkschaften und der Unterstützung von sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften hat sich für die Lage der Arbeiterklasse des Nordens kurzfristig als günstig erwiesen. Die Preise für Rohstoffe blieben niedrig. Nur selten störten anti-imperialistische Aufstände und Reformbewegungen den Austausch von billigen Rohstoffen mit teuren Industrieprodukten. In den 50er und 60er Jahren hatte man den Eindruck, als ob der IBFG und nicht der WGB hinsichtlich der Dritten Welt Recht behalten sollte.

Dies änderte sich jedoch schlagartig in dem Moment als die multinationale Konzerne begannen, ihre Produktionsstätten von den teuren Standorten des Nordens in die billigen Standorte des Südens zu verlagern. Ab diesem Zeitpunkt, je nach Industriesparte unterschiedlich, begann sich die Politik des IBFG zu rächen. Neben der Standortverlagerung in die Dritte Welt, bedrohten die billigen Löhne und schlechten Arbeitsbedingungen des Südens die Arbeiter des Nordens auf einer zweiten Ebene. Die Produktionsvorteile in der Dritten Welt führten zu einer Überflutung der nördlichen Märkte mit kostengünstigen Produkten. Die Unfähigkeit der Arbeiterklasse, vor allem die der Schwellenländer, ihre Löhne und Arbeitsbedingungen einschneidend zu verbessern, hing und hängt mit der Konfliktunfähigkeit der sog. "freien" Gewerkschaften in diesen Ländern zusammen (Glaberson 1988; Munck 1988; Southall 1988). Für die praktische Auswirkungen dieser Entwicklung möchte ich *zwei Beispiele aus den USA* bringen:

– die Zusammenarbeit zwischen dem südkoreanischen Pohang Iron and Steel und den amerikanischen Stahlmulti USX. In diesem Joint Venture werden nicht organisierte Belegschaften bevorzugt (Idelson 1988);

– die "plantas maquiladoras" Autofabriken an der Grenze zwischen den USA und Mexiko. Der Verdienst in den US-Partnerbetrieben beträgt (noch) \$ 11 in der Stunde, während die mexikanischen Betriebe nur einen Dollar zahlen (Williamson 1988).

Zwei österreichische Beispiele:

– Die AMAG/Ranshofener Elektrolyse sollte nach Venezuela exportiert werden (Salzburger Tagblatt 20.9.88), wo bekanntlich die Löhne billiger und die Umweltschutzgesetze liberaler sind.

– Voest/Bayou und Chemie Linz bauten bzw. bauen in den "Black Belt" Bundesstaaten des US-amerikanischen Südostens - die sog. "Dritte Welt"-Region des Landes ("Justice Speaks"-Black Workers for Justice 6/1990) Standorte. Hier gibt es kaum Gewerkschaften.

Ein Beispiel von Sozialdumping in der Dritte Welt:

– Viele Betriebe siedeln heute von Südkorea in die Philippinen, nach China und nach Thailand um, da die südkoreanischen Gewerkschaften zu stark und unabhängig geworden sind (Freeman 1990).

VIII. Aussichten

Heute wird der Export der Sozialpartnerschaftsidee von den meisten US- und westeuropäischen Gewerkschaften nicht mehr als Erfolg angesehen (Busch 1983; Wortmann 1984). Der japanische Gewerkschaftsdachverband "Rengo" hingegen beginnt erst diese Politik zu vervollkommen. Rengo hat, laut Auskunft der Asia Labour Monitor mit Sitz in Hongkong, mehrere Milliarden Yen von der japanischen Regierung hierfür erhalten. Schon seit den 60er Jahren arbeiten die japanischen Gewerkschaften mit den japanischen Multis zusammen, um japanische Arbeitsverhältnisse in den Betrieben der Dritten Welt zu etablieren bzw. zu erzwingen: in Ländern wie Taiwan, Hong Kong, Thailand, Indonesien, den Philippinen, Südkorea und Mexiko - v.a. bei Nissan und Toyota (Muto/Matsuo 1975; Spooner 1989). Hauptmethode des japanischen Gewerkschaftsimperialismus ist das sog. Team-Konzept. Heute wird das Team-Konzept-Modell auch in den USA ausprobiert (Sensenig 1989).

Positive Initiativen

Abschließenden möchte ich einige Möglichkeiten und positive Initiativen aufzählen. Erfreulicherweise ist es möglich eine österreichische in den Bereichen Bildung und Solidarität, anzuführen:

1. Bildung

– Die Gewerkschaftspresse muß die Ursachen und Selbstverschuldung des Nordens für die Entstehung von Billiglohnländern aufarbeiten;

– Die Presse und Organisationen der Arbeiterbewegung sollten der Verfolgung von Arbeitskämpfen in der Dritten Welt mehr Aufmerksamkeit widmen. Zwei Verknüpfungspunkte sind dabei denkbar: Branchenkontakte und Kontakte über Belegschaftsbeziehungen der Multis in Österreich wie GM, Siemens, Sony etc. bzw. über österreichische Multis im Ausland;

– Austausch auf allen Ebenen.

2. Solidarität

– CH-Solifonds: In diesem Fall übt die Gewerkschaftsführung direkte Solidarität mit den Belegschaften schweizerischer Multis in der Dritten Welt;

– US-Solidaritätsmodell: Aufdeckung/Bekämpfung der pro-imperialistischen Tätigkeit der zentralen AFL-CIO oder des IBFG durch die Gewerkschaftsbasis;

– Partnerschaftsprojekte: z.B. Gewerkschaftspartnerschaft Salzburg-Leon (Nicaragua) durch den ÖGB/Gewerkschaft Druck und Papier.

IX. Zusammenfassung

Die Arbeitersolidarität des Nordens mit dem Süden war fast immer durch Paternalismus geprägt. Schon von Anfang an bestand die Gefahr der nationalistischen Solidarität mit dem heimischen Unternehmertum nach dem Motto: "What's good for General Motors is good for the nation."

Der Ost-West-Konflikt überschattete allzu oft den Nord-Süd Konflikt. Oft genug wurden Konflikte künstlich erzeugt und Lösungen durch die Aufdrängung der Logik des Nordens auf den Süden verunmöglicht.

Die Spaltung der Arbeiterbewegung des Südens und der Export des Sozialpartnerschaftsmodells war ein Eigentor des Nordens. Die Arbeiter des Nordens haben mit den Mitgliedsbeiträgen an ihre jeweilige Gewerkschaft die eigenen Arbeitsplätze vernichtet.

Nur starke und konfliktfähige Gewerkschaften können soziales Dumping bekämpfen. Der Arbeitsmarkt ist international geworden, internationalistische Gewerkschaftsstrukturen wären notwendig, nicht nur über die Ost-West Grenzen, sondern auch über die Nord-Süd-Gräben hinweg.

BIBLIOGRAPHIE

- Adibekow, G. M. (1973). Die Rote Gewerkschaftsinternationale, Grundriß der Geschichte der RGI, Berlin/DDR.
- Agee, Philip (1975). Inside the Company, CIA Diary, Harmsworth/Middlesex.
- Albright, David E. (Hg.) (1980). Communism in Africa, Indiana University Press.
- Busch, Gary K. (1983). The Political Role of International Trade Unions, London.
- Colonial Office (Hg.) (1943). Labour Supervision in the Colonial Empire 1937-1943, London.
- Colonial Office (Hg.) (1951). Labour Administration of the Colonial Territories 1944-1950, London.
- Foner, Philip S. (1955). History of the Labor Movement in the United States, Vol. 2, New York.
- Freeman, Joe (1990). Koreans Form Independent Union Federation. In: Labor Notes, 3/1990.
- Giess, Immanuel (1965). Gewerkschaften in Afrika, Hannover.
- Glaberson, William (1988). Waging the War over Wages, How GE and a Union Agreed to Cut Pay and Save Jobs. In: International Herald Tribune, 16. März 1988.
- Goulden, Joseph C. (1972). Meany, New York.
- Idelson, Chuck (1988). ILWU to shut down ports for USS-Posco rally. In: People's Daily World, 17. März 1988.
- Kirchseisen, Inge (1978). Die internationale Sozialdemokratie und die Kolonialfrage zwischen den beiden Weltkriegen, Habil., Halle (Saale).
- Klein, H. D. (1983). Hallesche Studien zur Geschichte der Sozialdemokratie, Bd. 9, Halle (Saale).
- Lodge, George C. (1962). Spearheads of Democracy, Labor in the Developing Countries, New York.
- Lynd, G. E. (1968). The Politics of African Trade Unionism, New York/London.
- Marshall, Scott (1986). The Trade Unions and Peace. In: Political Affairs, Bd. 1/1986, New York, S. 13-17.
- Meyers, George (1986). 16th Convention of the AFL-CIO. In: Political Affairs, Bd. 1/1986, New York, S. 5-12.
- Mitschein, Thomas (1981). Die Dritte Welt als Gegenstand gewerkschaftlicher Theorie und Praxis, Zur Analyse der internationalen Politik metropolitaner Gewerkschaften, Frankfurt/M.

- Morgan, Carl (1988). History of Labor Solidarity, 1947 International Sugar Workers Conference. In: People's Daily World, 7. Jänner 1988.
- Munck, Ronaldo (1988). The New International Labour Studies, An Introduction, London.
- Muto Ichiyo/Matsuo Kei (1975) Labor Movement - A New Japanese Export Item. In: AM-PO: Japan-Asia Quarterly Review, S. 78-83.
- Plum, Werner (1962). Gewerkschaften im Maghreb, UGTT-UMT-UGTA, Hannover.
- Radosh, Ronald (1969). American Labor and United States Foreign Policy, New York.
- Sensenig, Gene R. (1987). Österreichisch-amerikanische Gewerkschaftsbeziehungen 1945-1950, Köln.
- Sensenig, Gene R. (1989). Braucht es überhaupt Gewerkschaften?; Team oder Gewerkschaft?; "Graswurzel"-Bewegung in der US-Autoindustrie. In: Südtiroler Arbeiterzeitung, Bozen, 6/7/8/1989.
- Spooner, Dave (1989). Partners or Predators, International Trade Unionism and Asia, Hongkong.
- Southall, Roger (Hg.) (1988). Trade Unions and the New Industrialisation of the Third World, London.
- Thomson, Don/Larson, Rodney (1978). Where were you, brother? An Account of Trade Union Imperialism, London.
- Williamson, Owen (1988). Both sides of the Texas-Mexico border: '1800's Slavery, adjusted for inflation'. In: People's Daily World, 28. Jänner 1988.
- Wortmann, Michael (1984). Gewerkschaftliche Solidarität mit der Dritten Welt?, Saarbrücken.

*Dr. Gene R. Sensenig. Ludwig-Boltzmann-Institut/Steinöcher Fonds,
Auerspergstraße 42, A-5020 Salzburg*

Roland Angerer

"... EINE HAND MEHR STIEHLT ALS DIE ANDERE GIBT" Die Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft (EG)

"Man zieht den Entwicklungsländern 100 Mark aus der einen Tasche und steckt in die andere 20 Mark wieder herein. Unterm Strich hat man also 80 Mark herausgezogen. Man spricht aber nur von den 20 Mark, die man ihnen in die Tasche steckt und nennt diese 'Wirtschaftshilfe'."¹

Diese Kritik des lateinamerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers Franz J. Hinkelammert wird von der EG selbst bestätigt: "... tatsächlich kommen auf jeden dem Süden gegebenen Dollar für Entwicklungshilfe neun Dollar Exporterlös."² Als Rechtfertigung dient der Verweis auf die beiden übrigen Giganten der weltwirtschaftlichen Dreifaltigkeit: Die USA holen sich das fünfzehnfache, die Japan gar das einundzwanzigfache ihrer Entwicklungshilfe aus der Dritten Welt zurück.

Mit dem Exportinteresse ist also ein Motiv dafür benannt, daß die EG Entwicklungspolitik betreibt. Ein zweiter Aspekt liegt in der Sicherung der Rohstoffversorgung. 1982 kamen 85 Prozent der EG-Rohstoffimporte aus der Dritten Welt.³ Das Hauptinteresse liegt auf der Energieversorgung, vor allem mit Erdöl, sowie einer Reihe strategischer Bodenschätze: "Wenn aber Afrika zur sicheren und stetig fließenden Versorgungsquelle der EG werden soll, braucht es massive Finanzspritzen, damit es seine Vorkommen erforschen und seinen Bergbau modernisieren kann."⁴

Historisch argumentierend kann man als drittes Motiv die Entwicklungspolitik als Fortsetzung des Kolonialismus mit anderen Mitteln betrachten. Vor allem Frankreichs "Eurafrique"-Konzept - die Angliederung der überseeischen Kolonien an die europäische Wirtschaft - fand Eingang in die EG-Gründungsverträge. Souliy F. N'Tani verweist auf die geistigen Wurzeln dieses Konzepts: Im 17. Jahrhundert betrachtete man Afrika als Halbinsel von Europa.⁵

Der Begriff Entwicklungspolitik wird im folgenden weit gefaßt. Nach einer Darstellung der EG-Entwicklungszusammenarbeit im engeren Sinne - wobei ausschließlich die EG als supranationales Gebilde betrachtet wird, die einzelnen Mitgliedsstaaten außer acht bleiben - werden die Handels- und Agrarpolitik als wesentliche Rahmenbedingungen der Nord-Süd-Beziehungen Europas sowie die Aktivitäten der transnationalen Konzerne und die Rolle der EG in der Verschuldungskrise behandelt. Hierbei treten die EG-Mitgliedsstaaten zwangsläufig wieder in den Vordergrund.

1. Die Entwicklungszusammenarbeit der EG

Vorweg eine demokratiepolitische Vorbemerkung: Die EG ist kein Zusammenschluß karitativer Sozialinitiativen, sondern ein Zweckbündnis zur Nutzung der ökonomischen Synergieeffekte eines großen Wirtschaftsraumes. Im Gegensatz zu ihren nationalstaatlich verfaßten Mitgliedern, deren Regierungen sich zu-